

Statement

des Netzwerkes „Linke für eine Welt ohne Prostitution“
zu den Ereignissen rund um den Parteitag
vom 19.-21. Juni 2026 in Potsdam



Die Linke

Netzwerk
Linke für eine Welt
ohne Prostitution

Wir fordern Solidarität statt Eskalation!

Das Netzwerk "Linke für eine Welt ohne Prostitution" war auf dem letzten Bundesparteitag mit einem Infostand präsent, der gut besucht war. Eine Reihe von Parteimitgliedern - darunter zum Beispiel Jan van Aken, Sören Pellmann, Jan Korte oder Fabian Fahl - sprachen sich öffentlich gegen Freiertum aus, und verschiedene Delegierte, auch von der Linksjugend, hielten sehr gute Redebeiträge zum Thema.

Dann jedoch: Am Sonntagabend nach dem Bundesparteitag wurde der Genossin, die unseren Social Media Kanal betreut und die auf dem Parteitag gesprochen hatte, die Balkontür mit einem Pflasterstein eingeschlagen, während Licht gebrannt hat und sie zu Hause war.

Diese gewalttätige Eskalation ist eine Konsequenz daraus, wie der Konflikt um Prostitution in der Vergangenheit von der Parteispitze gehandhabt wurde – nämlich völlig unzureichend, unsolidarisch und eskalierend.

Zwar gab es nach dem letzten Parteitag Beschlüsse von Parteirat und Parteivorstand, die vorsahen, dass ein Debattenprozess organisiert werden sollte, damit alle Mitglieder sich eine Meinung bilden können.

Zur Vorbereitung einer Diskussionsveranstaltung wurden die BAG Queer/Linke für Selbstbestimmung und das Netzwerk "Linke für eine Welt ohne Prostitution" miteinbezogen. Die VertreterInnen der BAG Queer verweigerten nach kurzer Zeit in Form einer aggressiven E-Mail die Mitarbeit, und die Mitglieder des Parteivorstands, die für die Umsetzung verantwortlich waren (Sabine Ritter und Kathi Gebel) verschleppten diese in Folge.

Zum Parteitag wurden Anträge von auffallend vielen Mandats- und FunktionsträgerInnen, von der BAG Queer und der BAG Migrantische Linke, eingebracht. Beide enthielten die Forderung, dass Die Linke sich gegen die Kriminalisierung von Freien aussprechen sollte. Nachdem sie sich der inhaltlichen Debatte verweigert hatten, wollten die AntragstellerInnen das Ergebnis der Debatte also per Beschluss herbeiführen.

Am Vorabend des Parteitags wurden diese beiden Anträge zu einem Antrag zusammengelegt ("Solidarität mit Sexarbeiter*innen"). Der Antrag wurde eingereicht von Sabine Ritter, die damit erneut gegen die Beschlusslage des Parteivorstands agierte, für deren Umsetzung sie verantwortlich gewesen wäre.



Zu beiden Anträgen hatte es eine Reihe von Änderungsanträgen gegeben, u.a. von der BAG LiSA, der frauenpolitischen Arbeitsgemeinschaft unserer Partei. Die AntragstellerInnen hielten es nicht für nötig, bei dem Thema Prostitution mit der frauenpolitischen Arbeitsgemeinschaft einen Kompromiss zu suchen, geschweige denn mit unserem Netzwerk.

Freiertum als "individuelle Konsumentscheidung"

Ein weiterer Antrag ("Freier sind keine Genossen!") wurde vom KV Saarbrücken, KV Köln, KV Landsberg und diversen Einzelpersonen auch aus unserem Netzwerk eingereicht. Dieser forderte, dass die Partei sich gegen das Freiertum positionieren sollte und es als Bestandteil patriarchaler, rassistischer und kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse anerkennen sollte. Zu diesem Antrag reichte die BAG Queer einen Ersetzungsantrag ein, der die Aussagen des Antrags bis ins unkenntliche verdrehte und Freiertum als "individuelle Konsumentscheidung" bezeichnete.

Insgesamt lagen über 600 Anträge und Änderungsanträge vor, und es war auch noch ein neuer Vorstand zu wählen. Es war klar, dass es keine Zeit für eine Debatte zum Thema Prostitution geben würde. Die Antragskommission empfahl daher, die Anträge alle an den Parteivorstand zu überweisen mit Hinweis auf die bereits bestehende Beschlusslage zur Debatte, die endlich umgesetzt werden sollte.

Am Samstag stellten die BAG Queer etc. dann aber einen Geschäftsordnungsantrag, dass die Anträge sofort abgestimmt werden sollten. Dieser fand keine Mehrheit. Daher stellten sie am Sonntagmorgen den gleichen Geschäftsordnungsantrag noch mal (wieder erfolglos). Am Sonntagnachmittag - kurz vor dem offiziellen Ende des Parteitags! - stellten sie wieder den gleichen Geschäftsordnungsantrag.

Trotz Verstoßes gegen die Geschäftsordnung (statt einer Gegenrede wurde eine zweite Fürrede für den GO-Antrag gehalten) fand der Geschäftsordnungsantrag nun eine knappe Zustimmung, und die Anträge zur Prostitution wurden abgestimmt - zu einem Zeitpunkt, als der Parteitag offiziell bereits zu Ende hätte sein sollen und rund 100 Delegierte nicht mehr anwesend waren.

In den Einbringungsreden wurden haarsträubende Aussagen getätigt. Daniel Bache von der BAG Queer setzte Genossinnen und Genossen mit evangelikalen Fundamentalisten gleich, und Sabine Ritter behauptete wahrheitswidrig, es habe bereits eine breite innerparteiliche Debatte stattgefunden - nachdem sie selbst genau diese Debatte mit verhindert hatte.

Am Ende wurden von einer Mehrheit der verbliebenen Delegierten die Anträge der Parteilisten und BAG Queer etc. beschlossen – wobei eine signifikante Minderheit diesen nicht zustimmte. Wir haben jetzt also Beschlüsse zu einem hochkontroversen Thema, zu dem große Teile der Partei kaum informiert sind, und bei denen die Positionen der wichtigsten betroffenen Arbeitsgemeinschaft der Partei – der BAG LiSA – ignoriert wurden. Beschlüsse, die inhaltlich katastrophal sind:

Da wird unter anderem gefordert, dass deutsche Botschaften darüber informieren sollen, wie Ausländerinnen dem deutschen Prostitutionsmarkt zugeführt werden können (als "Arbeitsmigration" bezeichnet), und Freier und Zuhälter werden als "Kund:innen" und "Betreiber:innen" verniedlicht.

Dass Männer sich jederzeit Frauenkörper zur Benutzung kaufen können, wird als normalste Sache der Welt dargestellt.

Mit einer sozialistischen und materialistisch-feministischen Position haben diese Beschlüsse nichts zu tun.

Sie sind zustande gekommen, weil eine Fraktion lieber autoritär eine Kampfabstimmung durchsetzen wollte, statt sich auf eine inhaltliche Diskussion oder Kompromisse einzulassen – und weil Mitglieder des Parteivorstands dieses Vorgehen auch noch unterstützt haben.

Mitglieder unseres Netzwerkes haben gegen die geschäftsordnungswidrige Abstimmung des dritten Geschäftsordnungsantrages eine Beschwerde bei der Bundesschiedskommission eingereicht.

Wir fordern, die Parteivorstandsbeschlüsse zur Prostitutionsdebatte solidarisch umzusetzen, ohne rücksichtslose Machtpolitik, Diffamierungen und Drohungen, und unter Anerkennung der partei-internen Spielregeln.

Wir legen uns mit einer 15 Milliarden Euro Industrie an, die auf Menschenhandel, brutalster Gewalt und Ausbeutung größtenteils migrantischer Frauen beruht.

Wir sind es leid, von Genossinnen und Genossen als SWERFS, TERFS, evangelikal, fundamentalistisch oder faschistisch bezeichnet zu werden. Wir sind die Aggressivität der Pro-Sexwork-Seite, deren Drohemails und Beschimpfungen leid und den totalen Mangel an Solidarität.

Junge Genossen werden online derart beleidigt, dass wir Videos mit ihnen wieder löschen mussten, weil es zu ernststen Bedrohungslagen kam. Und jetzt also Pflastersteine! Was ist das Nächste?

Wir fordern eine sachliche, gründliche Auseinandersetzung mit unseren Argumenten, an der Basis, in der Bundestagsfraktion, im Parteivorstand.

Das nordische Modell, das wir fordern, ist ein linkes Projekt, und wird von fast allen Linksparteien in Europa unterstützt.



Wir stehen gerne allen Kreisverbänden, LAGs und BAGs für Diskussionsveranstaltungen zur Verfügung.

Lasst uns gemeinsam für die Menschen in der Prostitution kämpfen, für Ausstiegshilfen, gegen die Profitinteressen der Bordellbetreibenden, und gegen das Freiertum, das untrennbar mit Gewalt gegen alle Frauen verbunden ist.

Wir sind uns sicher, dass die autoritär und geschäftsordnungswidrig herbeigeführte katastrophale Beschlusslage nur temporär sein wird, wenn zu dem Thema weiter Aufklärungsarbeit in der Partei betrieben wird – und das haben wir vor.

Unser Netzwerk wächst, und wir freuen uns über weitere MistreiterInnen.
Lasst uns alle Verhältnisse umwerfen, in denen der Mensch ein entrechtetes Wesen ist!

Jetzt Petition unterschreiben: <https://linke-gegen-prostitution.de/>

Folgt uns auf Instagram: <https://www.instagram.com/linkegegenprostitution>

Folgt uns auf Facebook: <https://www.facebook.com/linkegegenprostitution/>

Die Linke

Netzwerk
Linke für eine Welt
ohne Prostitution